

Donnerstag, 16. Januar, 09:57

Gastkommentar zur SVP-Initiative

## (K)ein Thema für KMU?

Meinung Donnerstag, 16. Januar, 09:57

*Karin Lenzlinger, Präsidentin Zürcher Handelskammer*

Als mittelständisches Unternehmen im Ausbaugewerbe scheint man von der Personenfreizügigkeit mit der EU ganz direkt weniger betroffen zu sein als ein internationaler Grosskonzern. Ein Thema ist die von der SVP lancierte Initiative «gegen Masseneinwanderung» für uns aber sehr wohl. Dies deshalb, weil damit wichtige Rahmenbedingungen für die gesamte Schweizer Wirtschaft geändert werden sollen. Die Initianten, welche die Zuwanderung von Arbeitskräften neu wieder über Kontingente regeln wollen, verkennen nämlich, wie sehr gerade auch kleine und mittlere Unternehmen, auch im Baugewerbe, in den letzten Jahren von der Öffnung der Schweiz gegenüber Europa profitiert haben.

Die Behauptung «Ausländer bauen Wohnungen für Ausländer» kann jedoch allein schon durch die konstante Quote der Bauausgaben am Bruttoinlandprodukt seit den neunziger Jahren widerlegt werden. Zusätzlich stützen aber auch ein konstanter Ausländeranteil am Baustellen-Personal und die fehlende Lohndiskriminierung die Aussage nicht (siehe [www. baumeister.ch](http://www.baumeister.ch)).

Dass es trotz ungünstigem Wechselkurs und dem Druck, durch Globalisierung zu wachsen, möglich war, neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist der schweizerischen Innovationskraft sowie der Tatsache zu verdanken, dass die Wirtschaft über gut qualifizierte Arbeitskräfte verfügt. Ist davon auszugehen, dass diese positive Entwicklung auch dann Bestand hätte, wenn die Schweiz wieder dazu zurückkehren müsste, ausländische Arbeitskräfte nach quantitativen statt qualitativen Aspekten zu rekrutieren? Wohl kaum, und dies gleich aus mehreren Gründen.

Eine staatlich gelenkte Personalpolitik – die Folge einer Annahme der Initiative – bedeutet, dass Verwaltungsstellen entscheiden, wen die Wirtschaft beschäftigen kann und wen nicht. Ganz abgesehen davon, dass dies nicht Aufgabe des Staates ist, sondern aus Effizienzgründen dem Arbeitsmarkt überlassen werden soll, wären die Folge davon eine grosse Bürokratie und lange, aufwendige Prozesse, machen doch EU-Bürger 50 Prozent des Baustellen-Personals aus.

Wir sehen uns bereits wieder eine Unmenge von Formularen ausfüllen und ewig auf Entscheide von Verwaltungsstellen warten. Sowohl eine seriöse Planung als auch flexibles Handeln werden dadurch verunmöglicht, was für Unternehmen in einem dynamischen Markt verheerend ist. Wegen der Bevölkerungsentwicklung hat sich der Kampf um junge auszubildende Arbeitskräfte intensiviert, so dass die Schweiz allein zu wenig Potenzial bietet.

Schliesslich: Was wir uns am wenigsten leisten können, ist eine Gefährdung der bilateralen Verträge mit der EU an sich. Dies ist aber zu befürchten, wenn es zu einer Annahme der Initiative käme («Guillotineklausel»!). Heute profitieren wir vom Abbau technischer Handelshemmnisse, vom Zugang zu Forschungsprogrammen oder auch von der Möglichkeit, uns um öffentliche Aufträge im EU-Raum gleichberechtigt zu bewerben. Ein Nein zur Personenfreizügigkeit hätte zur Folge, dass die Schweiz auch die Vorteile aller anderen Abkommen und die Wirtschaft damit ihren wichtigen Zugang zu Europa verlöre. Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die standortgebunden sind, wären davon unverhältnismässig betroffen.

Als Unternehmerin, deren Betrieb in den letzten Jahren auch von der Dynamik profitiert hat, welche die Öffnung gegenüber Europa gebracht hat, kann ich aus all diesen Gründen der SVP-Initiative keinesfalls zustimmen. Sie würde einen immensen Schaden anrichten, jene Probleme, welche die Initianten anvisieren, aber in keiner Art und Weise beseitigen. Ich bin überzeugt, dass verantwortungsbewusste Unternehmerinnen und Unternehmer weder leichtfertig ausländische Arbeitskräfte einstellen noch entlassen. Verantwortungsvolles Unternehmertum heisst aber auch, vorausschauend zu planen und zu handeln – gerade diese Möglichkeit würde uns durch die Annahme der Abschottungsinitiative genommen. Der Abstimmungsgegenstand vom 9. Februar ist somit sehr wohl auch ein Thema für KMU.

Karin Lenzlinger ist CEO und Delegierte des Verwaltungsrates der Lenzlinger Söhne AG und Präsidentin der Zürcher Handelskammer.

**MEHR ZUM THEMA**

«Masseneinwanderungsinitiative»

## Abschottung schwächt

18. Januar 2014, 01:00

---

Swissmem-Umfrage zur Bedeutung der EU-Verträge

## Wenn Arbeitsplätze abwandern

10. Dezember 2013, 01:00

Unsicherheit, Fachkräftemangel,

Standortattraktivität

## Wirtschaft fordert grosszügige Umsetzung der Initiative

11. Februar 2014, 01:00

---

Reaktionen auf Einwanderungsinitiative

## Wirtschaft fordert grosszügigere Umsetzung

10. Februar 2014, 01:00

---

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.